



Vom Ende des Gemeinwohls

Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt

Michael J. Sandel | S. Fischer © 2020

In den USA ist die Spaltung der Gesellschaft so weit fortgeschritten, dass die Demokratie in Gefahr ist. Der Philosoph Michael J. Sandel benennt die Ursache: die Leistungsgesellschaft und ihre uneingelosten Versprechen. Er analysiert aber nicht nur, wie es dazu kommen konnte, sondern zeigt Auswege auf. Ein trotz aller Komplexität der Argumentation außerordentlich verständlich geschriebenes Buch zur aktuellen Lage in den USA und anderswo – und ein eindringlicher Appell, die fatale Kombination aus verbitterten Verlierern und überheblichen Gewinnern zu entschärfen.

Take-aways

- Die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit geht vor allem auf Kosten der traditionellen Industriearbeiterschaft.
- Der meritokratischen Sichtweise zufolge beruht Ungleichheit auf Unterschieden in der Leistung und ist deshalb legitim.
- Die protestantische Arbeitsethik motiviert, macht aber auch die Erfolgreichen überheblich und deprimiert die Erfolglosen.
- Auf Menschen ohne akademische Bildung herabzuschauen, ist noch immer gesellschaftlich akzeptabel.
- Kritik am meritokratischen Prinzip kommt von so politisch gegensätzlichen Denkern wie Friedrich A. Hayek und John Rawls.
- Die Würde der Arbeit muss wiederhergestellt werden.
- Eine Verlosung von Studienplätzen nach Sicherstellung einer Mindestbefahigung könnte die ungerechten Zulassungsverfahren an Eliteunis ablösen.

Zusammenfassung

Die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit geht vor allem auf Kosten der traditionellen Industriearbeiterschaft.

Die Zunahme rassistischer Tendenzen und die wachsende Zustimmung für autokratische Politiker in vielen Ländern gefährden die Demokratie. Das Phänomen wird auf verschiedene Art und Weise erklärt, etwa als Gegenreaktion bestimmter Bevölkerungsgruppen auf die Gleichstellung von Frauen sowie ethnischer oder sexueller Minderheiten. Vor allem weiße, männliche Arbeiter sehen heute ihre Bedeutung schwinden. Eine andere Erklärung wäre, dass besonders diese Gruppe massiv von den negativen Folgen der Globalisierung und Digitalisierung betroffen ist und nun die Falschen dafür verantwortlich macht: Immigranten, Freihandel oder die kosmopolitischen Eliten. Beide Erklärungen gehen aber am Problem vorbei.

„Das Zeitalter der Globalisierung hat seine Belohnungen ungleich verteilt – um es vorsichtig auszudrücken.“

Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert: Zwischen 1979 und 2016 ging fast ein Drittel der ehemals gut bezahlten Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe durch Verlagerung ins Ausland und durch Automatisierung verloren. Die Reallöhne stagnierten. Die klassische Industriearbeiterschaft ist demnach der große Verlierer der letzten Jahrzehnte. Die herrschenden Eliten haben es verpasst, die enormen Gewinne aus Freihandel und Produktivitätssteigerung umzuverteilen. In den USA kam der größte Teil der Einkommenszuwächse seit den 1970er-Jahren den obersten 10 Prozent zugute. Während das Median-Einkommen männlicher Arbeitnehmer heute niedriger ist als vor 40 Jahren, verdient das reichste Prozent mehr als die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung.

Der meritokratischen Sichtweise zufolge beruht Ungleichheit auf Unterschieden in der Leistung und ist deshalb legitim.

Für ihren unverhältnismäßig hohen Wohlstand rechtfertigten sich die Eliten mit dem Konzept der Meritokratie. Danach ist Ungleichheit legitim, weil sie auf Leistungsunterschieden beruht. Jeder kann den Aufstieg schaffen, wenn er hart arbeitet. Wer nicht aufsteigt, ist selbst schuld. In den letzten 40 Jahren hat sich solches Denken auf breiter Front durchgesetzt. Ronald Reagan betrieb den Abbau des Wohlfahrtsstaates und setzte Steuersenkungen für die Reichen durch. Die Erzählung vom Aufstieg durch eigene Anstrengung geriet vom Mantra konservativer Politiker zur vorherrschenden Denkweise auch liberaler Kreise.

„Eine Gesellschaft, die Menschen zum Aufstieg befähigt und den Aufstieg preist, fällt ein hartes Urteil über diejenigen, denen das nicht gelingt.“

Ob Tony Blair in Großbritannien, Gerhard Schröder in Deutschland oder Bill Clinton in den USA – auch Politiker der linken Mitte verfielen dem Irrglauben an den Markt als Treiber des Gemein-

wohls. Sie deregulierten die Märkte und trieben den Freihandel voran. Auch Barack Obama gehörte zu dieser Riege. Zwar konnte er seine Politik in mitreißenden Botschaften kommunizieren, seine politische Bilanz aber fiel ernüchternd aus. Die für die Finanzkrise verantwortlichen Banken etwa wurden niemals zur Rechenschaft gezogen. Als Folge dieses Versagens bildete sich die Occupy-Bewegung auf der linken und die Tea-Party-Bewegung auf der rechten Seite. Die neuen Populisten profitierten vom weltweiten Bedeutungsverlust von liberalen und Mitte-links-Parteien, die sich einem marktfreundlichen, technokratischen Politikverständnis verschrieben hatten.

Die protestantische Arbeitsethik motiviert, macht aber auch die Erfolgreichen überheblich und deprimiert die Erfolglosen.

Die meritokratische Idee hat eine lange Geschichte. Die christliche Theologie vor der Reformation ging davon aus, dass der Mensch selbst etwas zu seiner Erlösung beitragen kann, etwa durch gute Werke. Martin Luther hingegen war überzeugt, dass Gott die Menschen aus Gnade rette, und kämpfte vehement gegen die Werkgerechtigkeit der katholischen Kirche. Darin zeigte er sich als Gegner des meritokratischen Prinzips. Ironischerweise begann ausgerechnet mit Luthers Reformation der Siegeszug einer Ethik, die den Kapitalismus maßgeblich formte und dessen Entwicklung dramatisch befeuerte.

„Die protestantische Arbeitsethik gebiert nicht nur den Geist des Kapitalismus. Sie fördert auch eine Ethik der Selbsthilfe und der Verantwortung für das eigene Schicksal, die den meritokratischen Denkweisen ebenbürtig ist.“

Im Calvinismus verbanden sich harte Arbeit und strenge Askese. Damit leistete er der Akkumulation des Kapitals entscheidenden Vorschub. Laut der calvinistischen Ethik ist die harte Arbeit, zu der jeder Gläubige von Gott aufgerufen ist, zwar nicht Ursprung der Erlösung, aber immerhin Zeichen dafür, dass der Gläubige erlöst ist. In seiner säkularen Form ist das der Kern des amerikanischen Traums. Dieser Traum hat jedoch seine Schattenseiten. Einerseits ermutigt die protestantische Ethik den Menschen dazu, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Andererseits erzeugt sie Abstiegsangst und setzt so ein hektisches Streben nach Erfolg in Gang. Wer es schafft, darf sich moralisch überlegen fühlen. Seinen Status darf er als verdienten Lohn für seine Anstrengungen ansehen. Wer es nicht schafft, empfindet dies als persönliches Scheitern, als Ergebnis eigener Unfähigkeit oder Untätigkeit.

Auf Menschen ohne akademische Bildung herabzuschauen, ist noch immer gesellschaftlich akzeptabel.

Dass Bildung den Aufstieg ermöglicht, ist ein wichtiges Motiv der meritokratischen Erzählung. Die Kehrseite ist aber, dass Menschen ohne akademische Bildung oft Verachtung erfahren. Diese Verachtung ist das letzte Vorurteil, mit dem man sich nicht sozial unmöglich macht – nachdem Sexismus und Rassismus zwar nicht abgeschafft, aber doch zunehmend verpönt sind. Menschen

mit höheren Bildungsabschlüssen fühlen sich aufgeklärter und toleranter. Während Armut entschuldigt wird, weil sie auf Faktoren zurückzuführen ist, die nicht in der Macht des Einzelnen liegen, wird mangelnder Bildungserfolg moralisch verurteilt.

„Die Erfahrungen der jüngsten Zeit lassen kaum darauf schließen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen der Fähigkeit zum politischen Urteil, wozu es moralischer Integrität ebenso bedarf wie Sachverständnis, und der Fähigkeit, bei genormten Prüfungen gut abzuschneiden und an Eliteunis zugelassen zu werden.“

In den Parlamenten der westlichen Länder sitzen fast ausschließlich Menschen mit universitärem Bildungsabschluss. Diese Akademisierung der Politik könnte einer der Gründe für die Entfremdung der Mitte-links-Parteien von ihrer Klientel sein, denn selbst in den reichen Industrieländern hat nur ein Drittel der Bevölkerung eine akademische Ausbildung durchlaufen. Es liegt zwar nahe, die Regierungsgeschäfte herausragend ausgebildeten Menschen anzuvertrauen. Allerdings hat die Verwandlung der Parlamente in Akademikerclubs bisher keineswegs dazu geführt, dass besser und effektiver regiert würde. Wohl aber sind die Parlamente jetzt weniger repräsentativ. Die Quitting dafür sind die populistischen Revolten des Jahres 2016: die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das Brexit-Referendum in Großbritannien.

Kritik am meritokratischen Prinzip kommt von so politisch gegensätzlichen Denkern wie Friedrich A. Hayek und John Rawls.

Die meisten Menschen teilen die meritokratische Vorstellung von Gerechtigkeit, nach der jeder bekommt, was er verdient. Das leuchtet auch intuitiv ein, wird aber von manchen Denkern bestritten.

Von marktliberaler Seite argumentiert der österreichische Ökonom Friedrich A. Hayek, dass höhere Einkommen nichts mit Leistung oder gar moralisch wertvollen Verdiensten zu tun haben. Laut Hayek spiegeln sie lediglich den Wert wider, den Marktteilnehmer bestimmten Gütern und Dienstleistungen zumessen. Hedgefondsmanager verdienen also nicht deshalb astronomische Summen, weil sie etwa moralische Verantwortung für die Pensionen vieler Tausender Angestellter tragen, sondern deshalb, weil der Markt ihre Dienstleistung zufällig so hoch bewertet. Hayek versucht mit diesem Argument, die Forderung nach Umverteilung abzuwehren. Denn, so sein Gedanke, wenn Ungleichheit nichts mit persönlichem Verdienst zu tun hat, ist sie weniger ungerecht.

„Werden Jobs und Chancen gemäß der Leistung vergeben, wird die Ungleichheit nicht geringer – sie wird lediglich so umetikettiert, dass sie mit den Fähigkeiten übereinstimmt.“

Auch der wohlfahrtsstaatlich orientierte Philosoph John Rawls bestreitet den Zusammenhang von Leistung und Einkommen, allerdings um damit Umverteilung zu rechtfertigen. Sein Argument: Wir sind der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, da sie erst die Bedingungen für unseren Erfolg

schaft. Einig sind sich Hayek und Rawls darin, dass Erfolg eher glücklichen Umständen als eigener Bemühung zuzuschreiben ist – und dass Chancengerechtigkeit nicht zu Gerechtigkeit führt: Viel zu zufällig und keineswegs eigener Verdienst sind etwa Fähigkeiten und Talente des Einzelnen. Und ebenso zufällig ist, wie die Marktteilnehmer sie bewerten.

Die Würde der Arbeit muss wiederhergestellt werden.

Um die fatale Kombination aus verbitterten Verlierern und überheblichen Gewinnern zu entschärfen, muss die Würde der Arbeit wiederhergestellt werden. Zu gravierend sind inzwischen die Folgen der Deindustrialisierung. Seit 2017 ist die durchschnittliche Lebenserwartung in den USA erstmals seit 100 Jahren rückläufig. Hauptgrund ist die gestiegene Sterberate von Menschen ohne akademischen Abschluss. Man spricht vom Tod aus Verzweiflung – Drogen, Alkohol, Selbstmord und Herzversagen –, verursacht nicht so sehr durch materielle Armut, sondern durch den Verlust von Wertschätzung.

„Jede ernsthafte Antwort auf die Frustrationen der Arbeiterklasse muss die Würde der Arbeit in den Mittelpunkt der politischen Agenda stellen.“

Die Politik der letzten Jahrzehnte wollte vor allem das Bruttoinlandsprodukt erhöhen und das Wohlergehen der Verbraucher maximieren. Sie übersah, dass der Arbeit ein hoher Wert zukommt. Arbeit ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe, ermöglicht überdies dem Einzelnen, einen wertvollen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten und dafür Anerkennung zu erhalten. Der Wert der Arbeit muss wieder in die Mitte des politischen Handelns rücken. Ein Weg wäre, ein Besteuerungssystem einzuführen, das die wichtige gesellschaftliche Funktion von Arbeit würdigt. Es würde die Steuerlast von der Arbeit weg, hin zu Konsum oder Spekulation verschieben. Das unterstreicht den Wert der Arbeit und macht gesellschaftlich weniger wertvolle oder gar schädliche Aktivitäten wie zum Beispiel Finanzspekulationen unattraktiv.

Eine Verlosung von Studienplätzen nach Sicherstellung einer Mindestbefähigung könnte die ungerechten Zulassungsverfahren an Eliteunis ablösen.

Auch das Bildungssystem muss reformiert werden. Die strengen Aufnahmeverfahren der amerikanischen Eliteuniversitäten etwa sollten einst soziale Mobilität fördern. Nur die begabtesten Bewerber sollten aufgenommen werden – unabhängig vom sozialen und wirtschaftlichen Status ihrer Eltern. Heute ist das Gegenteil der Fall. Zwei Drittel der Studierenden an den amerikanischen Elitehochschulen stammt aus Familien, die zum reichsten Fünftel der Bevölkerung gehören. Es gibt mehr Studierende aus dem reichsten Prozent als aus der gesamten unteren Hälfte. Der Befund gilt auch für die öffentlichen Universitäten. Dass die Hochschulen so wenig zur sozialen Mobilität beitragen, liegt unter anderem daran, dass ihre Aufnahmetests nicht so neutral sind, wie sie es eigentlich sein sollten. Die Ergebnisse der Bewerber korrelieren stark mit dem Einkommen ihrer Familie. Abgesehen von den allgemeinen Bildungsvorteilen, die Kinder reicher Eltern genießen, haben diese die Möglichkeit, sich mithilfe teurer Spezialkurse auf die Tests vorzubereiten.

Die Zulassung zu einer Eliteuni ist zum Statussymbol geworden. Entsprechend kompetitiv sind die Zulassungsverfahren. 1988 akzeptierte Johns Hopkins noch 54 Prozent der Bewerber, heute sind es nur 9 Prozent, die Zulassung zur University of Chicago erhielten 1993 noch 77 Prozent, 2019 nur noch 6 Prozent.

„Diejenigen, die auf dem Schlachtfeld der Leistungsgesellschaft siegen, kehren triumphierend, aber verwundet zurück.“

Das wirkt sich verheerend aus. Während bis in die Nachkriegszeit hinein die Zulassung zu einer Elitehochschule direkt davon abhing, ob der Bewerber aus der richtigen Familie stammte und sich die Studiengebühren leisten konnte, sorgt der hoch kompetitive Ausleseapparat heute dafür, dass die Gewinner überzeugt sind, es aus eigener Kraft geschafft und ihren Status deshalb verdient zu haben. Der Preis dafür ist aber hoch: Ehrgeizige Eltern trimmen ihre Kinder schon früh auf die Zulassung zu einer Eliteuni. Durchorganisierte Kindheiten ohne Freiräume sind die Folge. Daraus wiederum folgen oft Angststörungen, Depressionen und Drogenmissbrauch. Die Suizidrate von Menschen zwischen 20 und 24 Jahren erhöhte sich in den USA zwischen 2000 und 2017 um 36 Prozent.

Eine weit bessere Lösung wäre es, statt brutaler Zulassungstests Mindestvoraussetzungen festzulegen und dann die Studienplätze einfach zu verlosen. Das würde einerseits den Gewinnern ihre Überheblichkeit austreiben und wäre andererseits für die Verlierer weniger niederschmetternd.

Über den Autor

Michael J. Sandel ist Professor für politische Philosophie an der Harvard University. Er schrieb internationale Bestseller wie *Was man für Geld nicht kaufen kann*.

 Hat Ihnen die Zusammenfassung gefallen?
[Buch oder Hörbuch kaufen](http://getab.li/39669)
<http://getab.li/39669>